



Geschäftsführung Integrationsrat

Frau Bachtiosin

Telefon: (0221) 22129725

E-Mail: leyla.bachtiosin@stadt-koeln.de

Datum: 25.01.2024

Niederschrift

über die **Sitzung des Integrationsrates** in der Wahlperiode 2020/2025 am Dienstag, dem 16.01.2024, 15:00 Uhr bis 17:00 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Tayfun Keltok	SPD Liste
Frau Anna Maria Klimaszewska-Golan	Polnische-Deutsche Liste
Herr Ahmet Edis	Grün Offene Liste
Herr Dr. John Akude	CDU
Herr Malik Karaman	SPD
Frau Mechthild Böll	GRÜNE
Frau Dīlan Yazıçioğlu	GRÜNE
Herr Martin Erkelenz	CDU
Herr Werner Marx	CDU
Frau Claudia Brock-Storms	SPD
Herr Lukas Lorenz	SPD
Frau Sarah Niknamtavin	DIE LINKE
Frau Chantal Schalla	FDP
Frau Isabella Venturini	Volt
Herr Alparslan Babaoğlu-Marx	SPD Liste
Herr Turan Özküçük	SPD Liste
Frau Gönül Topuz	SPD Liste
Herr Christophe Twagiramungu Mugabowindekwe	SPD Liste
Frau Elizaveta Khan	Grün Offene Liste
Herr Musa Yüceel	Liste Kölner Vielfalt
Herr Luca Paglia	Italia Integra
Herr Ali Esen	Liste GÜVEN

Herr Luziano Gonzalez Tejon Einzelbewerber

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Anton Rütten SPD Liste

Frau Christine Seiger GRÜNE

Verwaltung

Frau Christina Boeck Ausländeramt

Herr Stefan Müller Amt für Wohnungswesen

Frau Bettina Baum Amt für Integration und Vielfalt

Frau Leyla Bachtiosin Schriftführung, Geschäftsstelle Integrationsrat

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Antonietta Abbruscato SPD Liste

Herr Mario Michalak Bündnis 90/Die Grünen

Frau Sigita Gelbach SPD Liste

Frau Dorsa Billstein Grün Offene Liste

Herr Abdullah Aydik DEIN KÖLN

Frau Vivian Berhane

Herr Stefan-Lazar Mitu Offene Liste Orthodoxe Christen Köln

Frau Eugenie Rempel HEIMAT-Rodina

Frau Carine Weber Kölner Verbund der Migrant*innenorganisationen

Herr Fardad Hooghoughi Liberale Vielfalt

Der Vorsitzende Tayfun Keltek begrüßt ganz herzlich zu der ersten Sitzung des Jahres, und wünscht eine konstruktive, erfolgreiche Arbeit, Gesundheit und viel Glück.

Die Mitglieder des Integrationsrates begrüßen **Frau Chantal Schalla**, Ratsmitglied für die FDP, als Nachfolgerin von Frau Hoyer.

Der Vorsitzende Tayfun Keltek teilt seine persönliche Betroffenheit über das Treffen von Rechtsradikalen und der AfD und ruft dazu auf, am nächsten Sonntag um 12:00 Uhr am Alter Markt ein deutliches Zeichen gegen solches Vorgehen zu setzen. Eine weitere Demonstration gegen Rassismus und Rechtsextremismus findet am Abend im Anschluss an die Sitzung am alten Heumarkt um 19:00 Uhr statt.

Des Weiteren äußert er Empörung über den rassistischen Angriff auf Herrn Eli Abeke, ein beratendes Mitglied des Integrationsrates der Stadt Köln und betonte, dass solche Angriffe nicht geduldet werden dürfen. Er würdigt die Persönlichkeit von Herrn Abeke, der sich in Köln gegen diskriminierende Begriffe aktiv eingesetzt und den Ratsantrag [AN0240/2020](#) zur Ächtung des N*Wortes initiiert hat.

Nachträglich aufgenommenen Tagesordnungspunkte werden vorgelesen:

- TOP 3.5 Beantwortung einer schriftlichen Anfrage von Dr. John Akude, Carine Weber und Luziano Gonzalez Tejon vom 05.09.2023 (AN/1644/2023) betreffend „WLAN am Wohnheim für Geflüchtete Poller Holzweg“ 0137/2024
- TOP 4.4 Anfrage der GOL zum Thema "Sicherheitsdienst für Unterkünfte für Schutz-suchende" AN/0028/2024
- TOP 4.5 Anfrage der GOL zum Thema "Besetzung der Co-Direktion im Rautenstrauch-Joest-Museum (RJM)" AN/0032/2024
- TOP 4.6 Anfrage der GOL zum Thema "NSU Mahnmahl Keupstraße" AN/0044/2024
- TOP 4.7 Anfrage der GOL zum Thema "Senior*innenNetzwerke / Offene Altenarbeit" AN/0045/2024
- TOP 5.5 40. Bericht zur Situation Geflüchteter in Köln 4165/2023
- TOP 5.6 Mindeststandards zur Betreuung Geflüchteter – Fortführung der Maßnahmen bis 31.12.2024 nach Beschluss durch den Rat der Stadt Köln 4137/2023
- TOP 5.7 Mehrsprachige Veranstaltungsreihe zu Gesundheitsthemen für Senior*innen mit internationaler Familiengeschichte durch die Interkulturellen Zentren der Stadt Köln 0051/2024
- TOP 5.8 Umgang mit Nutzungsgebührenrückständen von städtisch untergebrachten Geflüchteten 0153/2024
- TOP 5.9 Neuauflage der Broschüre „Wegweiser Wohnen in Köln“ 3120/2023
- TOP 6.4 Antrag der GOL auf eine Verlängerung des Expert*innenbeirats zum (Post)kolonialen Erbe der Stadt Köln um die Dauer der aktuellen Legislaturperiode AN/0004/2024
- TOP 8.5 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Trierer Str. o. Nr., 50674 Köln-Neustadt/Süd - Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss 3371/2023
- TOP 8.6 Freigabe und Verteilung der Mittel zur Förderung von anerkannten Interkulturellen Zentren für das Jahr 2024 4124/2023

- TOP 8.7 Freigabe und Verteilung rassismuskritischer Projektmittel 2024- 1. Schritt 4071/2023

IRM Lisa Khan stellt den Antrag zu TOP 6.1 zurück.

Beratendes Mitglied Claus-Ulrich Pröbß regt an, die TOP 5.1 und TOP 5.8 zusammen zu behandeln.

IRM Turan Özküçük bittet den TOP 8.7. auf die nächste Sitzung zu verschieben, da die Beschlussvorlage zu kurzfristig eingestellt worden ist. **Die Verwaltung, Bettina Baum**, weist darauf hin, dass bei einer Verschiebung der Vorlage die Mittel an die Träger entsprechend später ausgezahlt werden können. **IRM Dılan Yazıcıoğlu** plädiert dafür, heute über die Vorlage abzustimmen.

Claus-Ulrich Pröbß, beratendes Mitglied, macht darauf aufmerksam, dass das Problem der kurzfristigen Einreichung von Unterlagen nicht gelöst werde, indem man diese nicht behandle. Er regt an, dass der Integrationsrat in anderer Weise aktiv werde, um solche Probleme zu verhindern.

Dr. John Akude weist darauf hin, dass eine Verschiebung der Beschlussvorlage auch negative Auswirkungen auf die Vereine habe, die davon abhängig seien.

Der Vorsitzende Tayfun Keltek lässt über die Verschiebung der Beschlussvorlage abstimmen. 9 Ja-Stimmen, 8 Gegenstimmen, 6 Enthaltungen.

IRM Dılan Yazıcıoğlu äußert Unverständnis darüber, dass viele sich gegen die Gelder zur Bekämpfung von Rassismus aussprechen, obwohl zuvor betont wurde, dass Rassismus in der Gesellschaft ein Problem sei, es sei widersprüchlich und unpassend für den Integrationsrat.

Der Vorsitzende Tayfun Keltek weist darauf hin, dass die Abstimmungsergebnisse nicht mehr rückgängig gemacht werden können.

RM Lukas Lorenz schlägt vor, eine Sondersitzung zu prüfen, um die Vorlage in zwei Wochen erneut zu besprechen, da die wiederholte kurzfristige Einreichung Kritik auf sich zieht und eine Sondersitzung möglicherweise die Lösung ist.

Der Vorsitzende Tayfun Keltek bittet die Verwaltung kurzfristig einen Termin für eine Sondersitzung zu organisieren.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die geänderte Tagesordnung an.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Vorstellung einer Institution / eines Trägers der Integrationsarbeit

- 1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen**
- 2 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 3 Beantwortung von Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
 - 3.1 Beantwortung einer Anfrage aus der Sitzung des Integrationsrates vom 25.10.2023 AN/1911/2023 betreffend "Aktivitäten zum 20. Jahrestag des Nagelbombenanschlags in der Keupstraße"
3728/2023

Anfrage zu 20. Jahrestag Nagelbombenanschlag in der Keupstraße
AN/1911/2023
 - 3.2 Beantwortung einer schriftlichen Anfrage der SPD Fraktion vom 30.08.2023 für die Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung von Frauen und Männern am 04.12.2023 zum Thema: „Arbeitsmarktintegration und Bleiberechte von geflüchteten Frauen“ (AN/1547/2023)
3747/2023
 - 3.3 Beantwortung einer schriftlichen Anfrage des Integrationsratsmitgliedes Turan Özkücüük aus der Sitzung des Integrationsrates vom 14.11.2023 (AN 1912/2023) betreffend "Bonitätsprüfung-Verpflichtungserklärungen"
4056/2023

Anfrage zu Bonitätsprüfung im Ausländeramt
AN/1912/2023
 - 3.4 Beantwortung einer schriftlichen Anfrage des Integrationsratsmitgliedes Gönül Topuz zur Novellierung des Staatsangehörigkeitsgesetzes (AN/1913/2023)
4087/2023

Anfrage zu Mehrstaatigkeit, Einbürgerungsanträge während der Novellierung des Staatsangehörigkeitsgesetzes
AN/1913/2023
 - 3.5 Beantwortung einer schriftlichen Anfrage von Dr. John Akude, Carine Weber und Luziano Gonzalez Tejon vom 05.09.2023 (AN/1644/2023) betreffend „WLAN am Wohnheim für Geflüchtete Poller Holzweg“
0137/2024

Anfrage zu WLAN am Wohnheim für Geflüchtete Poller Holzweg
AN/1644/2023

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

- 4.1 Anfrage zur Gesundheitsversorgung der Bewohner*innen der Notschlafstelle Vorgebirgsstraße
AN/1358/2023
- 4.2 Anfrage zum Positionspapier der Interkulturellen Zentren zu Bedarfen von älteren Menschen mit internationaler Familiengeschichte
AN/1645/2023
- 4.3 Anfrage zu den Anträgen der Kölner Bürger*innen (Erziehungsberechtigten) mit internationaler Familiengeschichte für die Einrichtung eines neuen Standortes für den Herkunftssprachlichen Unterricht
AN/1968/2023
- 4.4 Anfrage der GOL zum Thema "Sicherheitsdienst für Unterkünfte für Schutzsuchende"
AN/0028/2024
- 4.5 Anfrage der GOL zum Thema "Besetzung der Co-Direktion im Rautenstrauch-Joest-Museum (RJM)"
AN/0032/2024
- 4.6 Anfrage der GOL zum Thema "NSU Mahnmal Keupstraße"
AN/0044/2024
- 4.7 Anfrage der GOL zum Thema "Senior*innenNetzwerke / Offene Altenarbeit"
AN/0045/2024

5 Mitteilungen

- 5.1 Rückständige Nutzungsgebühren bei untergebrachten Geflüchteten
3983/2023
- 5.2 Mitteilung zur Beschlussvorlage Nr. 2929/2023 "Mehrsprachiges Vermittlungsangebot des Museumsdienstes (Umsetzung Kulturentwicklungsplanung)"
3985/2023
- 5.3 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Lachemer Weg 11, 50737 Köln-Longerich - Haushaltsrechtliche Unterrichtung gem. § 25 I Nr. 2 KomHVO i. V. m. § 12 der Haushaltssatzung
3283/2023
- 5.4 Bedarfsfeststellungs-, Planungs- und Baubeschluss für die Errichtung eines Wohngebäudes zur Unterbringung Geflüchteter an der Gießener Straße in

Köln-Gremberg durch einen Totalunternehmer (0934/2023) – Mitteilung über die Beschlussfassung des Rates
4095/2023

5.5 40. Bericht zur Situation Geflüchteter in Köln
4165/2023

5.6 Mindeststandards zur Betreuung Geflüchteter – Fortführung der Maßnahmen bis 31.12.2024 nach Beschluss durch den Rat der Stadt Köln
4137/2023

5.7 Mehrsprachige Veranstaltungsreihe zu Gesundheitsthemen für Senior*innen mit internationaler Familiengeschichte durch die Interkulturellen Zentren der Stadt Köln
0051/2024

5.8 Umgang mit Nutzungsgebührenrückständen von städtisch untergebrachten Geflüchteten
0153/2024

5.9 Neuauflage der Broschüre „Wegweiser Wohnen in Köln“,
3120/2023

6 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

6.1 Antrag der GOL für eine Zusatzklärung für unter das Gaststättengesetz fallenden Betriebe
AN/1303/2023

6.2 Antrag der FDP auf stadtweite Einbürgerungsfeiern
AN/1690/2023

6.3 Antrag des FachAK 4 auf Erweiterung des Schuleinzugsgebietes von Schulen mit bilingualem Zweig
AN/1927/2023

6.4 Antrag der GOL auf eine Verlängerung des Expert*innenbeirats zum (Post)kolonialen Erbe der Stadt Köln um die Dauer der aktuellen Legislaturperiode
AN/0004/2024

7 Berichte

7.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen

7.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)

8 Beschlussvorlagen

8.1 Bedarfsfeststellungs-, Planungs- und Baubeschluss für die Errichtung eines Wohngebäudes zur Unterbringung Geflüchteter an der Gießener Straße in Köln-Gremberg durch einen Totalunternehmer
0934/2023

8.2 Aufwandsneutrale Gewährung von Sachkosten aus städtischen Mitteln für das Case Management des Kommunalen Integrationsmanagements (KIM)
2725/2023

8.3 Verteilung der Fördermittel 2024 "SeniorenNetzwerke / Offene Altenarbeit"
3448/2023

8.4 Leitbild für kulturelle Teilhabe in Vielfalt
3533/2023

8.5 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Trierer Str. o. Nr., 50674 Köln-Neustadt/Süd - Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss
3371/2023

8.6 Freigabe und Verteilung der Mittel zur Förderung von anerkannten Interkulturellen Zentren für das Jahr 2024
4124/2023

8.7 Freigabe und Verteilung rassismuskritischer Projektmittel 2024- 1. Schritt
4071/2023

9 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

10 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates

II. Nichtöffentlicher Teil

1 Mitteilungen

1.1 Dritter Sachstandsbericht zur Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten - umgesetzte Maßnahmen
3216/2023

I. Öffentlicher Teil

Vorstellung einer Institution / eines Trägers der Integrationsarbeit

- 1 **Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen**
- 2 **Gleichstellungsrelevante Themen**
- 3 **Beantwortung von Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
- 3.1 **Beantwortung einer Anfrage aus der Sitzung des Integrationsrates vom 25.10.2023 AN/1911/2023 betreffend "Aktivitäten zum 20. Jahrestag des Nagelbombenanschlags in der Keupstraße" 3728/2023**

IRM Turan Özküçük begrüßt, dass sich die Verwaltung des Themas angenommen habe, zugleich erscheine ihm die Antwort der Verwaltung eine Verlegenheitsantwort zu bleiben. Es sei schwer nachzuvollziehen, warum ausgerechnet die Theaterabteilung für das Thema zuständig sein solle, auch wenn ein Theaterstück dazu inszeniert wurde. Grundsätzlich spreche nichts dagegen, irritierend sei aber in diesem Zusammenhang die vage Formulierung der "Einbindung anderer Stellen". Er betont, dass die teilnehmenden Abteilungen direkt beteiligt werden sollten. Im Besonderen sei irritierend, dass der Integrationsrat erst über die Verwaltung beteiligt werden solle, obwohl der Integrationsrat eine eigene Geschäftsstelle habe und über eigene Strukturen verfüge.

Die Verwaltung, Bettina Baum, erläutert, es gebe eine interne Organisationsstruktur für die Vorbereitung der Veranstaltung "Birlikte". Die Federführung liege bei den Bühnen der Stadt Köln, da Teile der Veranstaltung, das Kultur- und Rahmenprogramm, auf deren Gelände stattfinden sollen. Das Amt für Integration und Vielfalt sei Teil dieser Organisationsstruktur und Mitglied der Planungsgruppe. Die Formulierung zur Einbindung des Integrationsrates beinhalte, dass die Verwaltung zeitnah auf den Integrationsrat zugehen werde, um gemeinsam zu überlegen, welche Elemente und Programmpunkte seitens des Integrationsrates gewünscht und umgesetzt werden sollen.

Der Vorsitzende Tayfun Keltek hebt den herausragenden Einsatz des Integrationsrates für die Themen betreffend Nagelbombenanschlag und NSU-Mahnmal hervor, deren Behandlung nur durch die mehrfache Intervention und Beschlussvorlagen des Integrationsrates möglich geworden sei. Er fordert, dass der Integrationsrat frühzeitig und nicht erst nach Vereinbarungen und Beschlüssen einbezogen werde, um die Interessen der Betroffenen angemessen vertreten zu können. Die Mitglieder des Integrationsrates seien sowohl die Vertreter*innen als auch die Betroffenen, deshalb sei es gerade bei diesem Thema von besonderer Bedeutung, den Integrationsrat und seine eigenständige Struktur als Gremium ernst zu nehmen und dementsprechend zu behandeln und nicht erst in späteren Phasen z.B. über das Kommunale Integrationszentrum oder das Amt für Integration und Vielfalt einzubeziehen.

Die Verwaltung, Bettina Baum, antwortet auf die Frage von Claudia Brock-Storms, dass "Birlikte" weiterhin der Arbeitstitel sei. Es liegen keine gegenteiligen Informationen vor, dass die Veranstaltung in diesem Jahr einen anderen Namen erhalten soll, eventuell wird es einen Untertitel geben.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

3.2 Beantwortung einer schriftlichen Anfrage der SPD Fraktion vom 30.08.2023 für die Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung von Frauen und Männern am 04.12.2023 zum Thema: „Arbeitsmarktintegration und Bleiberechte von geflüchteten Frauen“ (AN/1547/2023) 3747/2023

RM Claudia Brock dankt für die ausführliche Antwort, mit der sich die Politik auseinandersetzen wird und behält sich vor, daraus nochmals eine Anfrage oder einen Antrag zu formulieren.

Beratendes Mitglied Dr. Wolfgang Uellenberg van Dawen weist auf seine langjährige Tätigkeit im Beirat des Jobcenters und für den DGB hin. Seiner Meinung nach zeige die Vorlage, dass viele Geflüchtete arbeiten wollen und bei entsprechender Unterstützung auch dazu in der Lage seien. Er geht insbesondere auf die unterqualifizierte Beschäftigung von Frauen ein und betont die dringende Notwendigkeit der Anerkennung von Berufsabschlüssen. So könnten beispielsweise Ukrainer*innen, die in Krankenhäusern arbeiten, eine wesentlich bessere Arbeit leisten, wenn ihre Abschlüsse als Krankenschwester oder Pflegerinnen schneller hätten anerkannt werden können. Die Vorlage stelle einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen Rassismus dar. Die aktuellen Aufrufe zu Demonstrationen seien gut, gleichzeitig müsse man sich bis zu den Kommunalwahlen im nächsten Jahr auf einen längerfristigen Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus einstellen. Er äußert sich besorgt über die Umfrageergebnisse und warnt vor möglichen negativen Auswirkungen, insbesondere wenn eine bestimmte Partei im Rat mehrfach an Stärke gewinnen sollte. Es komme jetzt darauf an, die eigene Verantwortung wahrzunehmen und gemeinsam mit allen, auch den Jobcentern, Trägern, Geflüchteten und Arbeitssuchenden, Arbeit und Integration zu ermöglichen und diese Stadt gemeinsam zu gestalten. Er regte an, positive Beispiele stärker in der Öffentlichkeit zu präsentieren, wie dies in München mit einer großen Jobbörse und anderen öffentlichkeitswirksamen Aktionen geschehen sei. Gerade den Menschen, die Vorbehalte, Zweifel oder Ängste haben, kann so deutlich gemacht werden, dass Rechtspopulisten, Rechtsextremisten und Rassisten keine Lösungen anbieten, sondern die Probleme nur verstärken. In diesem Sinne möchte er dazu ermutigen, die Öffentlichkeitsarbeit mit guten Beispielen fortzusetzen.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

3.3 Beantwortung einer schriftlichen Anfrage des Integrationsratsmitgliedes Turan Özkücük aus der Sitzung des Integrationsrates vom 14.11.2023 (AN 1912/2023) betreffend "Bonitätsprüfung-Verpflichtungserklärungen" 4056/2023

IRM Turan Özküçük teilt seine Unzufriedenheit über die Beantwortung seiner Anfrage an das Ausländeramt mit. Bisher habe er präzise und akzeptable Antworten erhalten, aber dieses Mal habe er das Gefühl, dass den Fragen ausgewichen wurde. Er verstehe die Schwierigkeiten des Amtes und den Wunsch, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu schützen, aber dies dürfe nicht auf Kosten der Interessen der Ratsuchenden und Kunden gehen. Er berichtete von einem konkreten Fall, in dem von einem Ratsuchenden, der alle erforderlichen Unterlagen vorgelegt hatte, ein zusätzlicher Beleg verlangt worden sei, der nicht auf der ursprünglichen Anforderungsliste des Amtes gestanden habe. Diese Vorgehensweise sei inakzeptabel, die Behörde müsse für eventuelle Fehler haften und nicht der Ratsuchende. In einem anderen Fall wurde eine Bescheinigung des Rentenversicherungsträgers über die Erhöhung der Jahresrente verlangt, obwohl die vorliegenden Kontoauszüge alle erforderlichen Angaben enthielten. Vor diesem Hintergrund stellt er die Anfrage erneut und bittet darum, dass die Antworten diesmal korrekt seien.

Die Verwaltung, Christina Boeck, erklärt, dass die Frage zu allgemein gehalten sei, um sie konkret beantworten zu können. Sie schlägt vor, dass bei konkreten Einzelfällen diese direkt benannt werden sollten, idealerweise mit persönlichem Kontakt und Namen. Sie erklärt, dass es schwierig sei, auf allgemeine Schilderungen zu reagieren, da es in solchen Fällen auf die spezifischen Umstände ankomme, und bietet an, direkt und nicht über das Gremium Kontakt aufzunehmen, um die Angelegenheit schneller und genauer klären zu können.

IRM Turan Özküçük bedankt sich für das Angebot der direkten Kontaktaufnahme, äußert jedoch Bedenken, dass eine formelle Beschwerde möglicherweise nicht anders behandelt würde. Er stellt folgende konkrete Fragen:

1. Ist die Liste der angeforderten Nachweise noch aktuell oder wurde sie geändert?
2. Hat die Behörde tatsächlich die Vormittage am Dienstag und Donnerstag ohne vorherige Anmeldung gestrichen? Wenn ja, warum wurde dies geändert?
3. Wie erklärt die Behörde, dass Ratsuchende weggeschickt werden, obwohl der Fehler nicht bei ihnen, sondern bei der Behörde liegt?

Die Verwaltung, Christina Boeck, betont die Notwendigkeit, konkrete Informationen und Details zu den einzelnen Fällen zu erhalten, die geklärt werden sollen. Es gebe zu viele Variablen, um die Situation ohne genaue Informationen zu verstehen. Sie erklärt weiter, dass das Verfahren in der Vergangenheit mehrfach vereinfacht worden sei, so dass es verschiedene Varianten der Auflistung der erforderlichen Unterlagen gegeben habe. Auf Nachfrage sagt sie zu, das aktuelle Merkblatt zuzusenden.

IRM Malik Karaman ergänzt, dass es zurzeit unterschiedliche Informationen über die Öffnungszeiten für die Bonitätsprüfung am Dienstag und Donnerstag gebe. Er persönlich habe erst nach einem Streit und nur aufgrund seines Ratsausweises Zutritt erhalten, wobei ihm auch mitgeteilt worden sei, dass es keine Öffnungszeiten ohne Termin, sondern nur mit Termin gebe. Es müsse Klarheit hinsichtlich der aktuellen Regelungen geschaffen werden, um den Menschen korrekte Informationen geben zu können, insbesondere in Bezug auf Termine und die Möglichkeit, auch ohne Termin vorsprechen zu können.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

3.4 Beantwortung einer schriftlichen Anfrage des Integrationsratsmitgliedes Gönül Topuz zur Novellierung des Staatsangehörigkeitsgesetzes (AN/1913/2023) 4087/2023

Der Vorsitzende Tayfun Keltek äußert seine Bedenken bezüglich der schriftlichen Anfrage von Gönül Topuz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts. Er führt aus, dass nach dem zukünftigen neuen Staatsangehörigkeitsrecht die deutsche Staatsangehörigkeit theoretisch nach 3 Jahren erworben werden könne. Allerdings müssen die Antragstellenden mindestens 2 weitere Jahre in Köln warten, wodurch sich der gesamte Prozess auf 5 Jahre verlängere. Er kritisiert diese zeitliche Verzögerung und bittet Christina Boeck, sich im Ausländeramt dafür einzusetzen, dass solche Verzögerungen bei der Einbürgerung nicht länger hingenommen werden, insbesondere wenn die Voraussetzungen erfüllt seien. Er weist darauf hin, dass die Prüfung der Anträge im Durchschnitt 11 Monate dauere und bittet um aktivere Maßnahmen in diesem Bereich, um die Integration der Menschen zu fördern.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

3.5 Beantwortung einer schriftlichen Anfrage von Dr. John Akude, Carine Weber und Luziano Gonzalez Tejon vom 05.09.2023 (AN/1644/2023) betreffend „WLAN am Wohnheim für Geflüchtete Poller Holzweg“ 0137/2024

IRM Dr. John Akude dankt der Verwaltung für die Antwort, weist jedoch darauf hin, dass die Antwort insbesondere im Zusammenhang mit der dritten Frage betreffend die von Netcologne durchgeführte Untersuchung keine Konsequenzen einschließe. Er fragt nach, ob beabsichtigt werde, das Ergebnis der Untersuchung umzusetzen und wenn ja, wann dies geschehen solle.

Die Verwaltung, Stefan Müller, berichtet, dass am Poller Holzweg eine Begehung stattgefunden habe und die Bausubstanz so gut sei, dass eine verstärkte WLAN-Verbindung aufgebaut werden könne. Die notwendigen Beschlussvorlagen für die Investition von ca. 150-200.000 € werden nun vorbereitet und die Entscheidung liegt bei der Politik, die kurzfristig darüber abstimmen wird.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

4.1 Anfrage zur Gesundheitsversorgung der Bewohner*innen der Notschlafstelle Vorgebirgsstraße AN/1358/2023

IRM Anna Maria Klimaszewska-Golan betont die Dringlichkeit der Anfrage betreffend die medizinische Versorgung der Obdachlosen in der Notschlafstelle in der Vorgebirgsstraße. Sie weist darauf hin, dass es sich um todkranke Menschen handelt, die von den Krankenhäusern in die Notschlafstelle abgeschoben werden, und bittet die Verwaltung um eine schnellere Antwort, insbesondere im Hinblick auf die Bereitstellung von Hospizplätzen für obdachlose Menschen.

Die Beantwortung liegt noch nicht vor.

4.2 Anfrage zum Positionspapier der Interkulturellen Zentren zu Bedarfen von älteren Menschen mit internationaler Familiengeschichte AN/1645/2023

IRM Anna Maria Klimaszewska-Golan weist darauf hin, dass im Juli 2023 ein Sprecher in den Kreis der interkulturellen Zentren ein Positionspapier zu den Bedürfnissen älterer Menschen mit internationaler Familiengeschichte an Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung übermittelt habe. Darin wurde gefordert, mehr Migrantenselbstorganisationen in die bestehenden Förderstrukturen einzubeziehen, um besser auf die aktuellen Bedarfe reagieren zu können. Der FachAK fragt erneut an, ob die Verwaltung zu den Positionspapieren Stellung genommen habe und warum bisher keine schriftliche Antwort auf die Anfrage erfolgt sei.

Die Beantwortung liegt noch nicht vor.

4.3 Anfrage zu den Anträgen der Kölner Bürger*innen (Erziehungsberechtigten) mit internationaler Familiengeschichte für die Einrichtung eines neuen Standortes für den Herkunftssprachlichen Unterricht AN/1968/2023

Der Vorsitzende Tayfun Keltek äußert seinen Stolz über die fleißige Arbeit der Facharbeitskreise und bedankt sich herzlich bei ihnen.

Die Beantwortung erfolgt zur nächsten Sitzung.

4.4 Anfrage der GOL zum Thema "Sicherheitsdienst für Unterkünfte für Schutzsuchende" AN/0028/2024

Die Beantwortung erfolgt zur nächsten Sitzung.

4.5 Anfrage der GOL zum Thema "Besetzung der Co-Direktion im Rautenstrauch-Joest-Museum (RJM)" AN/0032/2024

Die Beantwortung erfolgt zur nächsten Sitzung.

4.6 Anfrage der GOL zum Thema "NSU Mahnmal Keupstraße" AN/0044/2024

Die Beantwortung erfolgt zur nächsten Sitzung.

4.7 Anfrage der GOL zum Thema "Senior*innenNetzwerke / Offene Altenarbeit" AN/0045/2024

Die Beantwortung erfolgt zur nächsten Sitzung.

5 Mitteilungen

5.1 Rückständige Nutzungsgebühren bei untergebrachten Geflüchteten 3983/2023

Die Tagesordnungspunkte **5.1** und **5.8** werden hier zusammen behandelt.

Beratendes Mitglied Claus-Ulrich Pröbß stellt fest, dass es Unklarheiten bezüglich der Aussagen in den beiden zusammengefassten Vorlagen zur Rückwirkung der Zahlungen für die Kosten der Unterkunft gebe. Es sei teilweise schwer zu verstehen, was mit den einzelnen Aussagen gemeint sei, teilweise seien die Aussagen auch widersprüchlich. Beispielsweise stehe in der ersten Vorlage, dass bis zu einem halben Jahr rückwirkend gezahlt werden könne, während in der anderen Mitteilung von einer Rückwirkung bis zum 1.6.22 die Rede sei.

Die Verwaltung, Stefan Müller, erklärt, dass es sich bei dem Hinweis auf ein halbes Jahr Rückwirkung in der ersten Vorlage um einen Tippfehler handle und die korrekte Rückwirkung bis zum 1.6.22 gelte.

Beratendes Mitglied Claus-Ulrich Pröbß fragt, ob die ermessensleitende Handlungsanweisung veröffentlicht werde oder ob es sich um eine interne Dienstanweisung handle. Er verweist auf den drittletzten Absatz auf Seite 2 des ersten Papiers und betont den Wunsch nach einem umfassenden Papier mit allen Vereinbarungen und Verfahren zum frühestmöglichen Zeitpunkt.

Die Verwaltung, Stefan Müller, antwortet, dass einige Punkte bereits überholt seien, da Gespräche mit dem Jobcenter und dem Sozialamt stattgefunden haben und derzeit noch interne Abstimmungen laufen.

IRM Alparslan Babaoğlu-Marx äußert sein Unverständnis über die Situation von Flüchtlingen in Flüchtlingsunterkünften, die nach Aufnahme einer Arbeit mit rückwirkenden Mietkosten konfrontiert werden. Er betont, dass eine Vereinbarung über die Übernahme der Unterkunfts-kosten im Vorfeld getroffen werden sollte, um eine faire Regelung zu gewährleisten. Beispielsweise eine Regelung, die im Vorfeld darüber informiere, dass die Mietkosten nach Arbeitsaufnahme in einer bestimmten Höhe von den Flüchtlingen zu tragen seien. Des Weiteren kritisiert er die mangelnde Kommunikation seitens der Verwaltung und weist auf das Fehlen einer Härtefallregelung hin. Seiner Meinung nach handle es sich nicht um einen Härtefall, der von den Flüchtlingen erst beantragt werden müsse, sondern um eine Bringschuld der Verwaltung. Er sehe hier keine Härtefallregelung, sondern eine Normalfallregelung. Insbesondere weist er darauf hin, dass die Betroffenen, die möglicherweise mit dem deutschen Recht nicht vertraut seien, in ein finanzielles Dilemma gerieten. Zudem seien die Mietkosten selbst für den Kölner Wohnungsmarkt exorbitant hoch. Herr Babaoğlu-Marx bittet die Verwaltung um eine Stellungnahme zu diesem Sachverhalt.

Die Verwaltung, Stefan Müller, erklärt, dass die neue Regelung in der Satzung vorsehe, dass Härtefälle nicht mehr vorkommen sollen. Dies habe in der alten Satzung zu exorbitanten Mietrückständen geführt, was nun durch die Begrenzung der Gebühren auf die Mietobergrenze und den Ausschluss der Härtefallregelung vermieden werden soll. Die Verwaltung arbeitet derzeit daran, die alten Härtefälle individuell zu behandeln und zu klären, wie der Restbetrag der Mietrückstände getilgt werden könne. Ein Schuldenerlass sei nicht möglich, so dass die Betroffenen aufgefordert seien, aktiv zu werden und die Härtefallrege-

lung auch rückwirkend für die alte Satzung zu beantragen. Für Flüchtlinge bestehe in diesem Fall eine gewisse Mitwirkungspflicht, die Verwaltung informiere alle Sozialarbeitenden und auch das Ehrenamt.

IRM Dr. John Akude bittet die Verwaltung, wie zuvor zugesagt, bei den internen Abstimmungen daran zu denken, dass die Lösung ohne weiteren finanziellen Druck auf die Betroffenen erfolgen soll und dass eine schnellere Lösung wünschenswert ist. Es dürfe nicht vergessen werden, dass die Betroffenen unter erheblichem Stress leiden und diese Angelegenheit direkte Auswirkungen auf die Gesundheit habe.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.2 Mitteilung zur Beschlussvorlage Nr. 2929/2023 "Mehrsprachiges Vermittlungsangebot des Museumsdienstes (Umsetzung Kulturentwicklungsplanung)" 3985/2023

Der Vorsitzende Tayfun Keltek äußerte seinen Unmut darüber, dass die hier vorliegende Mitteilung zur Beschlussvorlage zunächst in der letzten Beratungsfolge ohne Beratung im Integrationsrat beschlossen wurde, obwohl es eine Anregung des Integrationsrates war. Dies sei nicht akzeptabel und es sollte eine Beschwerde darüber eingereicht werden.

IRM Anna Maria Klimaszewska-Golan bemängelt, dass in der vorliegenden Mitteilung zum Beschluss, die Verwaltung mit dem Ausbau mehrsprachiger Vermittlungsangebote im Museum zu beauftragen, der ursprüngliche Antrag des Integrationsrates nicht berücksichtigt wurde. Sie begrüßt die überplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 100.000 Euro, jeweils 50.000 Euro für die Jahre 2023/2024. Sie weist jedoch darauf hin, dass der ursprüngliche Antrag des Integrationsrates, auf den Internetseiten der Museen spezielle Übersetzungstools für die sieben meistgesprochenen Sprachen der Stadt zu integrieren und Flyer in diese Sprachen zu übersetzen, nicht vollständig umgesetzt worden sei. Ziel des Antrags war es, den rund 250.000 Menschen, die eine der sieben in Köln meistgesprochenen Sprachen sprechen, den Zugang zur kulturellen Teilhabe zu erleichtern. Zwar habe der Museumsdienst sein mehrsprachiges Vermittlungsangebot bereits erweitert, dies entspreche jedoch in keiner Weise den im Antrag formulierten Forderungen des Integrationsrates. Es gehe nicht darum, etwa einzelne Veranstaltungen in verschiedenen Sprachen anzubieten, sondern zunächst einmal die Zugänge für die Bewohner*innen mehrsprachig zu gestalten. Sie bittet die Verwaltung, den Antrag des Integrationsrates ernst zu nehmen und zu berücksichtigen, konkret das laufende Projekt um die beiden Hauptpunkte des ursprünglichen Antrages zu erweitern, die sieben in Köln meistgesprochenen Sprachen auf den Internetseiten und auf den Flyern der Museen abzubilden.

Der Vorsitzende Tayfun Keltek äußert seine Unzufriedenheit darüber, dass der Integrationsrat wiederholt bei Entscheidungen übergangen wurde. Er schlägt vor, die Verantwortlichen der Verwaltung zur nächsten Sitzung einzuladen und betont, dass es nicht akzeptabel sei, dass die Anregungen des Fachgremiums ignoriert werden und hier ein Beschluss als Mitteilung vorgelegt wurde.

IRM Turan Özküçük schließt sich der Kritik an und betont, dass der Integrationsrat bereits mehrfach übergangen worden sei. Vor diesem Hintergrund sei

es notwendig, Maßnahmen zu ergreifen, um dieser Missachtung des Integrationsrates als Fachgremium entgegenzuwirken und zu prüfen, ob solche Beschlüsse nicht rechtswidrig seien. Er bittet die Verwaltung, eine Überprüfung des Beschlusses durch das Rechtsamt zu veranlassen.

Der Vorsitzende Tayfun Keltek ergänzt, dass nach § 27 der Gemeindeordnung die Integrationsräte und -ausschüsse in der Beratungsfolge bei den sie betreffenden Angelegenheiten sowie auf Wunsch des Integrationsrates zu beteiligen seien. Er schlägt vor, zur Klärung der Rechtsposition des Integrationsrates eine Rechtsauskunft einzuholen und verweist auf eine Auslegung des Kommunalministeriums, die die Beratungsfolge für Integrationsausschüsse ausdrücklich vorsehe.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.3 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Lachemer Weg 11, 50737 Köln-Longe- rich - Haushaltsrechtliche Unterrichtung gem. § 25 I Nr. 2 KomHVO i. V. m. § 12 der Haushaltssatzung 3283/2023

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.4 Bedarfsfeststellungs-, Planungs- und Baubeschluss für die Errichtung eines Wohngebäudes zur Unterbringung Geflüchteter an der Gießener Straße in Köln-Gremberg durch einen Totalunternehmer (0934/2023) – Mitteilung über die Beschlussfassung des Rates 4095/2023

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.5 40. Bericht zur Situation Geflüchteter in Köln 4165/2023

Beratendes Mitglied Claus-Ulrich Pröiß bedankt sich für den vorliegenden Bericht und wünscht sich für die Zukunft eine regelmäßige Berichterstattung. Er regt an, dass die Berichte auch weitere Inhalte wie z.B. Bauprojekte oder bauliche Merkmale der Unterkünfte enthalten können. Außerdem regt er an, in Zusammenarbeit mit der Ausländerbehörde weitere Zahlen aufzunehmen, die sich nicht direkt auf die Unterbringung beziehen, sondern auf die Anzahl verschiedener Gruppen von Geflüchteten, um einen Überblick zu bekommen, wie viele untergebracht sind und wie viele nicht. Des Weiteren verweist er auf die Leitlinien zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen in Köln und merkt an, dass es seit zwei Jahren neben den alten Leitlinien vom 20.07.2004 neue Leitlinien gebe, die der Runde Tisch für Flüchtlingsfragen beschlossen habe. Diese neuen Leitlinien seien jedoch weder durch die Ausschüsse noch durch den Rat gegangen. In diesem Zusammenhang merkt er an, dass offensichtlich nicht daran gedacht wurde, die neuen Leitlinien zur Verabschiedung zu bringen.

RM Dilan Yazıcıoğlu dankt für den vorgelegten Bericht, insbesondere für die ausführliche Erläuterung des rechtlichen Rahmens und die Darstellung der aktuellen Situation bezüglich der sogenannten unerlaubt eingereisten Personen. Sie macht jedoch darauf aufmerksam, dass der letzte Jahresbericht im Jahr

2020 vorgelegt worden sei und betont die Wichtigkeit, weiterhin regelmäßig Jahresberichte zu erhalten. Von besonderem Interesse sei das Kapitel, das die Frage aufwerfe, wie die Verwaltung perspektivisch mit dieser Situation umgehen werde, insbesondere im Zusammenhang mit den Gemeinschaftsunterkünften

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.6 Mindeststandards zur Betreuung Geflüchteter – Fortführung der Maßnahmen bis 31.12.2024 nach Beschluss durch den Rat der Stadt Köln 4137/2023

RM Dilan Yazıcıoğlu dankt der Verwaltung für die Initiative zur Erstellung dieser Vorlage. Sie verweist auf die häufigen Diskussionen im Runden Tisch für Flüchtlingsfragen sowie im Integrationsrat bezüglich der Stärkung der Mindeststandards und betont insbesondere die Bedeutung des Personalschlüssels für die in den Unterkünften tätigen Träger. Sie bittet darum, gemeinsam zu prüfen, wie die dort vorgeschlagenen Maßnahmen über das Jahr hinaus auf mehrere Jahre ausgeweitet werden können.

RM Dr. John Akude dankt der Verwaltung auch im Namen des FachAK 2. Nach wie vor gebe es Bedenken hinsichtlich der medizinischen Grundversorgung von Geflüchteten in den verschiedenen Unterkünften und bezüglich der Ressourcen für Geflüchtete, so dass zu Punkt 3 noch keine nennenswerten Fortschritte erzielt worden seien. Es wurde darauf hingewiesen, dass die erforderlichen Stellen möglicherweise nicht besetzt seien und es möglicherweise Schwierigkeiten bei der Besetzung dieser Stellen geben könnte. Er schlage daher vor, dieses Thema eventuell an den FachAK 4 zu verweisen, um zu untersuchen, warum die Stellen nicht besetzt seien und welche Maßnahmen ergriffen werden könnten, um sie zu besetzen.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.7 Mehrsprachige Veranstaltungsreihe zu Gesundheitsthemen für Senior*innen mit internationaler Familiengeschichte durch die Interkulturellen Zentren der Stadt Köln 0051/2024

Der Vorsitzende Tayfun Kelték äußert seine Kritik an der Verteilung der finanziellen Mittel und stellt die Frage nach der gerechten Berücksichtigung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Hier wurden 8.476 Euro für Senior*innen mit internationaler Familiengeschichte ausgegeben, die insgesamt etwa 30 % aller Senior*innen in unserer Gesellschaft ausmachen. Im Gegensatz dazu werde in einer anderen Beschlussvorlage zur Seniorenarbeit über einen Betrag von 2,5 Millionen Euro entschieden. Diese Verschiebung von Ressourcen gebe es auch im Kulturbereich und in anderen Bereichen.

Er unterstreicht die Forderung, künftig jeden Beschluss des Integrationsrates an den Kriterien Integration, Chancengerechtigkeit und Potenzialorientierung zu bewerten. Die in der Mitteilung dargestellte Arbeit sei besonders lobenswert und er bedankt sich herzlich bei den Trägern und Interkulturellen Zentren für ihre Arbeit.

IRM Ahmet Edis schließt sich dem Dank an die Zentren an und hebt die Bedeutung der Informationsveranstaltungen hervor, die trotz begrenzter Mittel

durchgeführt wurden. Er würde es sehr begrüßen, wenn für diese Arbeit mehr Mittel zur Verfügung gestellt würden, eine entsprechende Anfrage sei bereits gestellt worden. Er bedankt sich herzlich bei den über 14 Zentren, die im letzten Jahr über 20 Informationsveranstaltungen in vielen verschiedenen Sprachen durchgeführt haben und betont, dass die Zentren eine wichtige Rolle dabei spielen, Menschen zu erreichen, die von den regulären Systemen nicht erreicht werden.

RM Dr. John Akude unterstreicht die Aussagen zur fehlenden Diversität bei der Verteilung der Mittel durch die Verwaltung. Darüber hinaus schlägt er vor, dass die Senior*innennetzwerke und -organisationen selbst aktiver werden sollten, um von der Verwaltung wahrgenommen zu werden und so dazu beizutragen, die Diversität der Gesellschaft besser zu reflektieren.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.8 Umgang mit Nutzungsgebührenrückständen von städtisch untergebrachten Geflüchteten 0153/2024

Der TOP wurde mit dem **TOP 5.1** zusammengelegt und unter **5.1** behandelt.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.9 Neuauflage der Broschüre „Wegweiser Wohnen in Köln“ 3120/2023

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

6 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

6.1 Antrag der GOL für eine Zusatzerklärung für unter das Gaststättengesetz fallende Betriebe AN/1303/2023

Der Antrag wird zur Behandlung in die nächste Sitzung vertagt.

6.2 Antrag der FDP auf stadtweite Einbürgerungsfeiern AN/1690/2023

RM Dİlan Yazıcıoğlu meldet Beratungsbedarf an.

RM Chantal Schalla erklärt, dass es sich um einen Antrag der FDP handelt, der schon länger auf der Tagesordnung stehe. Wenn es für die Grünen wichtig sei, könne der Antrag zurückgestellt werden mit der Bitte, das Thema in der nächsten Sitzung zu behandeln und zu beschließen. Sie fügt hinzu, dass der Antrag darauf abziele, den Menschen, die eingebürgert werden, mehr Aufmerksamkeit zu schenken und die Feierlichkeiten mit einem höheren Budget als bisher vorgesehen professioneller zu gestalten.

IRM Alparslan Babaoğlu-Marx berichtet von seinen persönlichen Erfahrungen mit der Einbürgerung und unterstützt die Idee der Feierlichkeiten. Er schlägt vor, neben der deutschen Nationalhymne auch den Stammbaum der Bläck

Fööss zu spielen, ein Lied, auf das sich im Karneval alle freuen, wo alle zusammenstehen und sich jeder wirklich angenommen fühle.

Der Vorsitzende Tayfun Keltek erklärt, dass Beratungsbedarf jederzeit angemeldet werden kann und bittet darum, die Diskussion in der nächsten Sitzung fortzusetzen.

Der Antrag wird zur Behandlung in die nächste Sitzung vertagt.

6.3 Antrag des FachAK 3 auf Erweiterung des Schuleinzugsgebietes von Schulen mit bilingualem Zweig AN/1927/2023

Der Vorsitzende, Tayfun Keltek, weist darauf hin, dass der vorliegende Antrag im Sinne des Ratsantrages die Anerkennung der Herkunftsidentität und die Förderung der natürlichen Mehrsprachigkeit zum Thema habe. Er betont, dass sichergestellt werden müsse, dass bilinguale bzw. zweisprachige Schulen nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch möglich seien.

RM Chantal Schalla bittet um eine Stellungnahme des Schuldezernats, da es wichtig sei, vor einer Entscheidung eine klare rechtliche Einschätzung zu erhalten, ob es bereits so gehandhabt werde oder ob es triftige Gründe dafür gebe, weshalb dies noch nicht der Fall sei.

Der Vorsitzende Tayfun Keltek weist darauf hin, dass er auch als ehemaliger Lehrer bereits mit Schulleitern gesprochen habe, die den Wunsch nach bilingualem Zweigen geäußert hätten. Er erklärt, dass dies keine gesetzliche Vorgabe, sondern eine städtische Entscheidung sei. Die Schulverwaltung könne jedoch um eine Stellungnahme gebeten werden. Da die Anmeldungen für dieses Jahr bereits begonnen haben, spreche nichts gegen eine Vertagung auf die nächste Sitzung.

Der Antrag wird zur Behandlung in die nächste Sitzung vertagt.

6.4 Antrag der GOL auf eine Verlängerung des Expert*innenbeirats zum (Post)kolonialen Erbe der Stadt Köln um die Dauer der aktuellen Legislaturperiode AN/0004/2024

IRM Lisa Khan erklärt, dass der eingereichte Antrag sinnvoll wäre, besonders, wenn die im März erwarteten Maßnahmen von den Expert*innen begleitet werden könnten, die bisher intensiv an der Thematik gearbeitet haben. Sie betont, dass nach der Beschlussfassung über die Maßnahmen ein professioneller Blick darauf geworfen werden sollte. Ein weiterer Grund für die Antragstellung sei, dass die Mitglieder des Expertengremiums in der Stadt bekannt seien, insbesondere im Zusammenhang mit den Themen des Gremiums. Diese Personen seien von den Themen persönlich in ihrer Biographie betroffen und engagierten sich seit langem. Sie erfüllen auch eine wichtige Repräsentations- und Identifikationsfunktion, insbesondere für Schwarze Menschen und People of Color. Daher würde es als positiv empfunden, wenn der Antrag unterstützt würde.

Die Verwaltung, Bettina Baum, erläutert zum Antrag, dass das Expert*innen-gremium der Oberbürgermeisterin als beratendes Gremium fungiere. Aufgabe des Gremiums sei es gewesen, Handlungs- und Maßnahmenempfehlungen zu erarbeiten, die zum Teil bereits vorlägen und zum Teil bis Ende März nachge-

reicht würden. Danach werde es ein Abschlussgespräch mit der Oberbürgermeisterin geben. Anschließend sei es Aufgabe der Verwaltung, die in den Empfehlungen und Forderungen formulierten Maßnahmen auf kommunale Zuständigkeit, Realisierbarkeit und erforderliche Finanzmittel zu prüfen und zu bewerten. Diese Bewertung kann zu Empfehlungen an die Politik führen, die letztendlich entscheidet, welche der vorgeschlagenen Maßnahmen umgesetzt werden sollen. Bettina Baum betont, dass es daher zzt. nicht zielführend sei, das Gremium wieder zu berufen, da die ursprüngliche Aufgabe mit der Abgabe der Handlungsempfehlungen bis Ende März 2024 erfüllt sei. Sie erläutert, dass im Budget des Amtes für Integration und Vielfalt 2024 keine Mittel mehr für das Gremium vorgesehen sind. Im Haushalt 2023 wurden Mittel in Höhe von 12.000 € für die Zahlung von Sitzungsgeldern an die Mitglieder des Gremiums veranschlagt. Wenn Anträge beschlossen werden, die eine Finanzrelevanz haben, wird die Verwaltung auch in diesem Fall feststellen müssen, dass keine weiteren Mittel zur Verfügung stehen.

RM Dilan Yazıcıoğlu ergänzt hinsichtlich der Erforderlichkeit und der Finanzierung. In der letzten Sitzung des Integrationsrates habe es eine Mitteilung gegeben, die die Notwendigkeit des Projektes und des Expert*innengremiums unterstreiche. Sie verliest den letzten Satz der Mitteilung: „Es ist deutlich geworden, dass das Projekt Postkoloniales Erbe der Stadt Köln und insbesondere die Einrichtung des Expert*innengremiums zu einer starken öffentlichen Wahrnehmung des Themas und zu einem gesellschaftlichen Diskurs geführt hat, der fortzuführen ist“. Da die Verwaltung nun darauf hinweist, dass für das Gremium keine finanziellen Mittel zur Verfügung stehen, schlägt sie vor, den Antrag in einen Prüfauftrag umzuwandeln. Sie bittet die Antragsteller*innen, dies zu prüfen und in Betracht zu ziehen, insbesondere im Hinblick auf die Haushaltsdebatte, in der die Verwaltung die Realisierbarkeit prüfen wird.

Der Vorsitzende, Herr Tayfun Keltek, stellt fest, dass es sich um eine verwaltungsinterne Angelegenheit handelt, die auch ohne Beschluss oder Anregung des Integrationsrates zustande gekommen ist. Er unterstützt den Vorschlag, einen Prüfantrag zu stellen, sofern die Antragsteller*innen damit einverstanden seien.

IRM Lisa Khan ist mit dem Prüfantrag einverstanden. Für die anschließende Bewertung durch die Verwaltung sowie die Umsetzung sei die Expertise gerade in Bezug auf partizipatives Projektmanagement notwendig. Sie betont die Sinnhaftigkeit der Zivilgesellschaft, die Wichtigkeit der Expertise der nun seit 2 Jahren im Gremium ehrenamtlich Engagierten und dass es für die Stadt sinnvoll sei, diese weiterhin zu nutzen, auch für Rückfragen zu bestimmten Themen.

Die Mitglieder des Integrationsrates empfehlen folgenden geänderten Beschluss als Prüfantrag an die Verwaltung:

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten **zu prüfen, ob** die Arbeit des Expert*innengremium (Post)koloniales Erbe Kölns um die Dauer der aktuellen Legislaturperiode **verlängert werden kann** und die beteiligten Personen **eingeladen werden können**, beratend die Stadt Köln bei der Aufarbeitung des kolonialen Erbes und den postkolonialen Auswirkungen auf die Gegenwart zu begleiten. Vor allem in Bezug auf die Maßnahmen, die im März 2024 vorliegen werden, ist es notwendig, die Expertise der beteiligten Personen einzuholen und die Umsetzung der Maßnahmen entsprechend zu begleiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

7 Berichte

7.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen

7.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)

Der Vorsitzende Tayfun Keltek berichtet, dass sich der Landesintegrationsrat intensiv mit der Novellierung der Gemeindeordnung beschäftigt, mit dem Ziel, die Kompetenzen der Integrationsräte deutlich zu verbessern. Es habe Gespräche mit der Abteilung für Kommunales im Ministerium gegeben, weitere Treffen seien in den nächsten 2-3 Wochen geplant. Die Kommunalministerin, Frau Scharrenbach, habe auch an der Mitgliederversammlung des Landesintegrationsrates teilgenommen. Zukünftig solle der Integrationsrat nicht mehr Integrationsrat heißen, sondern umbenannt werden. Diese Änderung sei noch nicht beschlossen, sondern nur als Anregung zu verstehen, ein möglicher Name könne „Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration“ sein. Die Umbenennung impliziere, dass nicht mehr die Forderung "integriert euch" im Vordergrund stehe, sondern der Fokus auf der Chancengerechtigkeit liege.

8 Beschlussvorlagen

8.1 Bedarfsfeststellungs-, Planungs- und Baubeschluss für die Errichtung eines Wohngebäudes zur Unterbringung Geflüchteter an der Gießener Straße in Köln-Gremberg durch einen Totalunternehmer 0934/2023

IRM Alparslan Babaoğlu-Marx äußert Bedenken über die Höhe der Ausgaben von 8,3 Millionen Euro für 1.700 Quadratmeter Wohnfläche, die er als Kenner der Baubranche für enorm hält. Er weist darauf hin, dass hier teilweise Geld verschwendet werde, während auf der anderen Seite Mittel für bestimmte Integrationsmaßnahmen fehlten.

Beratendes Mitglied Claus-Ulrich Pröiß hebt lobend hervor, dass alle geplanten Einheiten barrierefrei errichtet werden sollen und rollstuhlgerechte Wohnungen vorgesehen sind. Dies sei ein gutes Beispiel für den Bau von Wohnungen, die den Bedürfnissen vulnerabler Gruppen gerecht werden. Bezüglich der Kosten ergänzt er, dass dies möglicherweise auch mit der angestrebten Qualität der Einrichtungen zusammenhänge, die Kostenexpertise könne hier nur von Experten beurteilt werden.

Beschluss:

Der Rat stellt den Bedarf fest und beauftragt die Verwaltung mit der Planung und Errichtung von einem Wohngebäude zur öffentlich-rechtlichen Unterbringung Geflüchteter auf dem städtischen Grundstück Gießener Str. o. Nr., 51105 Köln-Humboldt/Gremberg, Gemarkung 4972, Flur 34, Flurstücke 1593, 1594, 2030 über einen Totalunternehmer mit einem geschätzten Kostenorientierungswert in Höhe von gesamt rd. 8,3 Mio. €.

Die Planung und Umsetzung erfolgt nach den rechtlichen Vorgaben des Gebäudeenergiegesetzes. Der Neubau umfasst eine Photovoltaikanlage, Dach- und Fassadenbegrünung sowie eine Wärmepumpe und wird unter Berücksichtigung der Vorgaben des Passivhausstandards ausgeführt. Für die Umsetzung wird die Verwaltung ermächtigt, eine*n Projektsteuerer*in zu beauftragen, die / der das erforderliche europaweite Ausschreibungsverfahren für den Totalunternehmer vorbereitet und begleitet.

Gleichzeitig werden die investiven Auszahlungen in entsprechender Höhe im Teilfinanzplan des Amtes für Wohnungswesen in der Produktgruppe 1004 – Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 08 – Auszahlungen für Baumaßnahmen bei der Finanzstelle 5620-1004-8-5215 – Neubau Gießener Str. freigegeben.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt bei einer Gegenstimme von Alparslan Babaoğlu-Marx.

8.2 Aufwandsneutrale Gewährung von Sachkosten aus städtischen Mitteln für das Case Management des Kommunalen Integrationsmanagements (KIM) 2725/2023

Der Vorsitzende Tayfun Keltek erläutert, die für Köln insgesamt 14 genannten Stellen werden in vielen Städten für fehlendes Personal in den Kommunen genutzt. Auf Landesebene habe er sich bei der letzten Landesregierung dafür eingesetzt, dass diese Stellen ohne ernsthafte Vorgaben an die Kommunen gegeben werden. Des Weiteren regt er an, dass die Träger, die diese Stellen haben und ausschließlich mit Geduldeten arbeiten, vom Ausländeramt Daten für ihre Stadtteile anfordern, um im Sinne einer aufsuchenden Arbeit alle Geduldeten noch besser erreichen und beraten zu können. Darüber hinaus sollten diese Stellen zukünftig stärker die Potenziale von Menschen mit internationaler Familiengeschichte in den Blick nehmen und fördern.

IRM Turan Özküçük schließt sich dem an und betont, dass die Stadt, die auch die Richtlinienhoheit habe, die Potenzialorientierung in die Richtlinien des Kommunalen Integrationsmanagements (KIM) aufnehmen sollte, damit die Beratung nicht ausschließlich defizitorientiert sei. Es solle nicht nur ein Wort bleiben, sondern in den Richtlinien verankert werden.

Beratendes Mitglied Svenja Mattes stellt sich als Vertreterin von Tim Westerholt im Caritasverband sowie als KIM-Trägerin an zwei Standorten vor. Sie betont, die Möglichkeit der Abrechnung von Sachkosten sei grundsätzlich zu begrüßen, es gebe aber neue Entwicklungen bzw. Finanzierungsschwierigkeiten, dazu wurde am 21. Dezember dem Integrationsrat ein Schreiben zugeschickt. Das Fördervolumen, das laut Beschlussvorlage nun auch die Abrechnung von Sachkosten ermögliche, sei bereits durch die Personalkosten vollständig ausgeschöpft, für die Träger sei es wenig hilfreich, um die Finanzierungslücke zu schließen. Vor diesem Hintergrund weist sie darauf hin, dass viele Träger in Erwägung ziehen könnten, aus dem Programm auszusteigen, wenn bis Ende des Jahres keine Lösung für die fehlende Finanzierung gefunden werde.

IRM Ahmet Edis begrüßt die Beschlussvorlage zur Übernahme der Sachkosten für KIM-Stellen und betont die positive Unterstützung für die Träger dieser Stellen. Er weist darauf hin, dass die Landesförderung für den kommunalen Rahmen begrenzt sei und auch andere landesgeförderte Stellen und Träger in Köln vor ähnlichen Problemen stehen. Insbesondere fehle es an einer Dynamisierung und Aufstockung der Fördermittel, die integraler Bestandteil der Arbeit in Köln seien. Er schlägt vor, dass der Integrationsrat eine Resolution verabschiede, in der das Land aufgefordert wird, nicht nur in Bezug auf das bereits vorliegende Schreiben für die KIM-Stellen, sondern auch in Bezug auf andere wichtige landesgeförderte Stellen, die für das System in Köln ebenso wichtig seien, eine Dynamisierung der Mittel vorzunehmen und das Fördervolumen bedarfsgerecht zu erhöhen.

Der Vorsitzende Tayfun Keltek begrüßt den Wunsch, eine Resolution an die Landesregierung zu verabschieden und diese in der nächsten Sitzung weiterzuleiten. In diesem Zusammenhang hebt er hervor, dass die Stellen nicht nur zur Beratung, sondern auch zur Entwicklung von Potenzialen genutzt werden sollten, um die Stimmung in der Gesellschaft insgesamt zu verbessern. Er bittet die Verwaltung, dies für die nächste Sitzung vorzubereiten. Der Vorsitzende bittet daraufhin die Mitglieder, die Beschlussvorlage mit dieser Ergänzung zu unterstützen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt ab 01.01.2024 die Gewährung von Sachkosten für die Träger des KIM Case Managements im Rahmen der Mittelverwendung aus den zur Verfügung stehenden städtischen Mitteln in Höhe von maximal 11.000 € jährlich pro Trägerstelle für das Case Management in KIM (Baustein 2). Die Inanspruchnahme für Sachkosten ist nur dann möglich, wenn die Mittel nicht vorrangig für Personalkosten eingesetzt werden müssen

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

8.3 Verteilung der Fördermittel 2024 "SeniorenNetzwerke / Offene Altenarbeit" 3448/2023

Der Vorsitzende Tayfun Keltek weist darauf hin, dass für die Verteilung der Fördermittel 2,5 Millionen Euro zur Verfügung stehen. In diesem Zusammenhang betont er die Notwendigkeit, dass sich die Verwaltung mit dem Bevölkerungsanteil von Personen mit internationaler Familiengeschichte auseinandersetzen möge, um diese angemessen berücksichtigen zu können.

IRM Ahmet Edis erklärt, dass eine Anfrage zu diesem Thema gestellt wurde und die aktuelle Situation als problematisch angesehen wird. Die Arbeit der wenigen Akteur*innen, die es aktuell gebe, sei enorm wichtig und bilde das Fundament, das erhalten bleiben solle. Der tatsächliche Bedarf sei viel höher als der Status quo. Er betont, wie wichtig es sei, die bestehende Struktur zu schützen und zu stärken und gleichzeitig die Mittel zu erhöhen, um den steigenden Bedarf zu decken. Er verweist auf das kürzlich ausgelaufene landesgeförderte Programm "Der gute Lebensabend NRW" und dessen klare Ergebnisse bzw. Forderungen nach mehr Mitteln und einer stärkeren Berücksichtigung von Trägern, die mit Menschen mit internationaler Familiengeschichte arbeiten. Vor diesem Hintergrund solle die Vorlage nicht gestoppt werden, damit die Arbeit weitergehen könne, gleichzeitig erwarte er eine zweite Beschlussvorlage, die eine Aufstockung der Mittel vorsehe und die Interkulturellen Zentren berücksichtige.

IRM Turan Özküçük ergänzt, dass in Köln nur wenige Senior*innennetzwerke eine angemessene Beteiligung von Senioren und Seniorinnen mit internationaler Geschichte ermöglichen. Er weist auf das Defizit hin und fordert, dass auch diese Bevölkerungsgruppe von den Projekten profitieren sollte.

Der Vorsitzende Tayfun Keltek betont, dass die Forderung nach mehr Mitteln für die Senior*innenarbeit und die Berücksichtigung von Menschen mit internationaler Familiengeschichte sich nicht ausschließen müssen. Er kritisiert, dass die Stadt seit langem keine klaren Standpunkte und finanziellen Forderungen

für die Gesamtbevölkerung in ihre Planungen einbeziehe und fordert eine angemessene Berücksichtigung. Er mahnt an, dass die Existenz dieser Menschen, die ca. 30% der Bevölkerung in dieser Altersgruppe ausmachen, von der Stadtverwaltung nicht ausreichend wahrgenommen werde und weist darauf hin, dass ca. 60% der Jugendlichen unter 18 Jahren eine internationale Familiengeschichte haben, aber in den Maßnahmen nicht ausreichend berücksichtigt werden. Er appelliert an die Verantwortung der Verwaltung gegenüber der Stadtgesellschaft und fordert, dass die Beschlussvorlagen sowohl eine Grundförderung als auch eine Aufstockung beinhalten sollten. Er betont, dass die Stadtverwaltung auf diese Anliegen reagieren müsse, sonst werde die Verpflichtung gegenüber den Bürger*innen vernachlässigt. Der Beschlussvorschlag sollte angenommen werden, jedoch mit einer klaren Empfehlung zur Weiterleitung an die Verwaltung und einer Unterstützung für eine Erhöhung der Mittel. Er kündigt an, sich beim nächsten Mal gegen entsprechende Beschlüsse auszusprechen, wenn die Verwaltung nicht entsprechend reagiere.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren beschließt, von dem im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, Zeile 15, Transferaufwendungen, für das Haushaltsjahr 2024 veranschlagten Teilansatz „Z für Seniorennetzwerke, Offene Altenarbeit und Seniorenkoordination“ einen Teilbetrag von 2.535.047 €, wie in Anlage 1 und 2 zu dieser Beschlussvorlage dargestellt, zu verwenden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

8.4 Leitbild für kulturelle Teilhabe in Vielfalt 3533/2023

Der Vorsitzende Tayfun Keltek, betont die Notwendigkeit, die vom Integrationsrat verabschiedeten Anträge, die Voraussetzungen und auch die entsprechenden Konsequenzen ernst zu nehmen. Er verweist auf das im Leitbild angesprochene Thema der Vielfalt und betont, dass die Realität, in der mehr als 42% der Bevölkerung mit internationaler Familiengeschichte leben, in diesem Leitbild noch mehr berücksichtigt werden müsse. Die Begriffe im Leitbild klingen zwar positiv, es sei aber notwendig, mehr Inhalte und konkrete Maßnahmen zu integrieren, insbesondere in Bezug auf den Abbau von Barrieren und die Entwicklung von Vielfaltskompetenz beim Personal. Interkulturelle Öffnung müsse real und spürbar sein, damit Menschen mit internationaler Familiengeschichte die Möglichkeiten der Stadt voll ausschöpfen können.

IRM Turan Özküçük merkt an, dass das Kulturamt lernen müsse, den Integrationsrat in solche Aktivitäten einzubeziehen. Der vorliegende Antrag sei zu allgemein gehalten, auch wenn er ihm zustimmen könne. Es müsse darauf geachtet werden, dass Projekte, die aufgrund dieser Vorlage initiiert werden, vom Integrationsrat überprüft werden können, ob sie auch im Sinne des Integrationsrates sinnvoll seien.

Der Vorsitzende Tayfun Keltek betont die grundsätzliche Bedeutung des Themas interkulturelle Öffnung. Bei einem Anteil von über 40 % der Bevölkerung mit internationalen Familienhintergründen falle auf, dass dieser Anteil bei den Beschäftigten der Stadtverwaltung zwar gestiegen sei, aber noch weiter erhöht werden müsse. Insbesondere in den Führungsebenen sei der Anteil überhaupt nicht ausreichend gewährleistet und die Gehälter seien im Vergleich geringer.

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur beschließt das beigefügte Leitbild für Kulturelle Teilhabe in Vielfalt. Gleichzeitig beauftragt der Ausschuss Kunst und Kultur die Verwaltung mit der Erstellung einer Publikation des Leitbildes, hierfür stehen im Rahmen des Beschlusses zur Erarbeitung des Leitbildes (Vorlagen-Nr.2152/2022) vom 08.09.2022 Mittel zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

8.5 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Trierer Str. o. Nr., 50674 Köln-Neustadt/Süd - Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss 3371/2023

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, Planungen für den Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Trierer Str. o. Nr. in 50674 Köln-Neustadt/Süd, Gemarkung Köln, Flur 34, Flurstück 621 aufzunehmen. Das Gebäude wird im energetischen Passivhausstandard geplant und ausgeführt.

Dazu ermächtigt der Rat die Verwaltung, die erforderlichen Planungsleistungen der Leistungsphasen 1 – 3 auf Basis der HOAI – Gebührenordnung - zu beauftragen sowie die vorab notwendigen Gutachten (Statik, Boden-, Schadstoff-, Lärmschutz, Verkehr etc.) einzuholen.

Die voraussichtlichen Planungskosten für den Neubau des Mehrfamilienhauses betragen für die Leistungsphasen 1-3 HOAI rund 605.000 € brutto. Gleichzeitig werden die investiven Auszahlungsermächtigungen für die Planung in entsprechender Höhe im Teilfinanzplan des Amtes für Wohnungswesen in der Produktgruppe 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, bei der Finanzstelle 5620-1004-1-5127 – Neubau Trierer Str., freigegeben.

Der Rat erkennt in diesem Zusammenhang den Bedarf für die externen Beauftragungen der Leistungsphase 1-9 an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

8.6 Freigabe und Verteilung der Mittel zur Förderung von anerkannten Interkulturellen Zentren für das Jahr 2024 4124/2023

IRM Turan Özküçük hebt die Bedeutung der Interkulturellen Zentren als eine der ältesten Integrationsaktivitäten der Stadt Köln hervor, die seit ca. 40 bis 45 Jahren bestehe. Er freue sich, dass es heute nicht mehr um Kürzungen, sondern um eine Aufstockung der finanziellen Mittel gehe. Gleichzeitig stelle er fest, dass die Interkulturellen Zentren grundsätzlich an den Defiziten arbeiteten, daran habe auch die vor fünf Jahren geänderte Richtlinie nichts geändert, die ihrerseits insbesondere auf die Defizite hinweise. Die beiden Pflichtveranstaltungen, die ein Interkulturelles Zentrum als solches durchführen müsse, seien nach wie vor die Beratung und der Deutschkurs. Dies sei überholt und bedürfe einer Novellierung der Richtlinie. Eine Anpassung an die Potenzialorientierung würde

den Zentren auch die Möglichkeit geben, sich entsprechend weiterzuentwickeln.

Der Vorsitzende Tayfun Keltek betont die Bedeutung der Beschlusskompetenz des Integrationsrates gemäß den vorbereiteten Richtlinien, die vom Rat verabschiedet wurden. Er erinnert daran, dass der Integrationsrat heute über eine Mittelvergabe in Höhe von 750.000 Euro entscheide, was eine moralische Verpflichtung und Verantwortung des Gremiums darstelle. Des Weiteren bittet er die Mitglieder, das in der Klausurtagung erarbeitete Positionspapier ernst zu nehmen und die Mittel, die die Stadt für diesen Bereich ausbe, entsprechend genauer zu prüfen. Er schließe sich der Anregung an, die Richtlinien zur Förderung der Interkulturellen Zentren in naher Zukunft so zu ändern, dass eine potenzialorientierte Arbeit auch tatsächlich umgesetzt werde. Gleichzeitig sollten die Träger nicht benachteiligt werden. Der Vorsitzende bittet die Mitglieder, der Vorlage mit diesen Ergänzungen zuzustimmen.

RM Lukas Lorenz weist darauf hin, dass die Kolleg*innen, die auch Mitglied eines Zentrums sind bzw. sich befangen fühlen, nicht an der Abstimmung teilnehmen.

IRM Ahmet Edis führt die Abstimmung durch.

Beschluss:

Der Integrationsrat beschließt auf der Grundlage der 31. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln vom 25.02.2023 und der Haushaltssatzung 2023/2024 über die Verwendung von Haushaltsmitteln in 2024 in Höhe von 756.383 Euro, zur Förderung von 43 Interkulturellen Zentren in Köln gemäß Anlage 2.

Zur Finanzierung der Maßnahme beschließt der Integrationsrat gleichzeitig die Freigabe der im Haushaltsplan 2023/2024 im Rahmen des Finanzausschussbeschlusses (AN/1726/2022) vom 30.09.2022 zugesetzten Mittel „Fördertopf Migrantenselbstorganisationen und Interkulturelle Zentren“ i.H.v. 100.000 Euro für das Haushaltsjahr 2024 im Teilergebnisplan des Amtes für Integration und Vielfalt in der Produktgruppe 0504 Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, in der Teilplanzeile 15- Transferaufwendungen. Die darüber hinaus erforderlichen Aufwandsermächtigungen i.H.v. 656.383 Euro stehen im selbigen Teilergebnisplan zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

Tayfun Keltek, Malik Karaman, Turan Özküçük, Lisa Khan und Luziano Gonzalez Tejon haben an der Abstimmung nicht teilgenommen.

8.7 Freigabe und Verteilung rassismuskritischer Projektmittel 2024- 1. Schritt 4071/2023

Die Behandlung der Beschlussvorlage wird in die Sondersitzung verschoben.

Abstimmungsergebnis:

Die Vertagung in die Sondersitzung wurde mit 9 Ja-Stimmen, 8 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen beschlossen.

9 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

10 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates

1. Mündliche Anfrage von IRM Ahmet Edis

IRM Ahmet Edis thematisiert den Correctiv-Beitrag, der einen Geheimplan aufdeckte und ausführlich über das Treffen in Potsdam berichtete. Weitere Recherchen haben ergeben, dass es nicht nur in Potsdam, sondern auch in Köln ähnliche Phänomene gegeben habe. In einem Zeitungsartikel des Kölner Stadtanzeigers wurde eine Person benannt, die Mitglied der Werteunion und gleichzeitig Mitarbeiterin der Stadt Köln sei. 1) Es stellt sich die Frage, wie die Stadt Köln mit dieser Person umgehen wird, insbesondere wenn mehrere Zeitungsartikel und vorhandene Fotos dies bestätigen. 2) Die zweite Frage bezieht sich auf die Kenntnisse der Stadt Köln über weitere Personen mit ähnlichem Hintergrund, die in der Stadtverwaltung tätig sind. 3) Die dritte Frage bezieht sich auf die aktuellen Maßnahmen der Stadt Köln, um zu verhindern, dass Personen mit völkisch-nationalistischem Gedankengut in der Stadtverwaltung arbeiten. Der Fokus liege darauf, wie die Stadt Köln solche Vorfälle unmittelbar unterbinden wolle, um die Präsenz solcher Personen in der Verwaltung zu verhindern.

Der Vorsitzende Tayfun Kelttek betont die Ernsthaftigkeit des Themas und fordert dazu auf, es ernst zu nehmen. Er appelliert an die Verwaltung, sich dieser Angelegenheit anzunehmen und bittet die Frau Oberbürgermeisterin, eine Untersuchung innerhalb der Stadtverwaltung einzuleiten, um sicherzustellen, dass diese Angelegenheit gründlich geprüft wird.

2. Mündliche Anfrage von IRM Ali Esen

IRM Ali Esen richtet eine Frage an Frau Boeck bezüglich des im Dezember des vergangenen Jahres eingerichteten Notfallschalters für Ausländerangelegenheiten im Ausländeramt auf der Dillenburgerstraße in Köln. Es interessiert ihn, ob dieser Notfallschalter noch immer existiert und in Betrieb sei.

Die Verwaltung, Christina Boeck, teilt mit, dass im vergangenen Jahr mit Unterstützung von studentischen Hilfskräften im Ausländeramt in der Dillenburgerstraße Notfallschalter eingerichtet wurden. Dies geschah aufgrund von Vakanzen in den Bezirksgruppen, die mit städtischem Personal nicht ausreichend besetzt werden konnten. Es handele sich nicht um einen dauerhaften Notschalter mit offenen Öffnungszeiten, wie von vielen erhofft. Der Schalter werde auf der Basis von Beschwerdefällen betrieben, die per E-Mail, Post oder Telefon beim Ausländeramt eingehen sowie über Kontaktformulare, die direkt vor Ort am Infopoint hinterlegt sind. Zurzeit gebe es keine personellen Kapazitäten, um den Notfallschalter mit freiem Zugang zu öffnen. Dennoch konnte der Schalter bisher über 7.000 Personen mit gültigen Papieren versorgen und stelle somit eine hilfreiche Maßnahme zur Bewältigung des aktuellen Rückstaus dar, auch wenn es sich weiterhin nur um eine Notlösung handele.

3. Mündliche Anfrage von IRM Turan Özküçük

IRM Turan Özküçük erinnert an die vorangegangene Diskussion, ob Dauergäste, die nach der Gemeindeordnung nicht Mitglieder des Integrationsrates sind, im nichtöffentlichen Teil der Sitzung bleiben dürfen. Die Antwort des Rechtsamtes wird erbeten.

Der Vorsitzende Tayfun Keltek teilt mit, dass diese Gäste als Mitglieder gelten und beratende Funktion haben. Mit Zustimmung der gewählten Mitglieder werden sie nicht ausgeschlossen.

II. Nichtöffentlicher Teil

1 **Mitteilungen**

1.1 **Dritter Sachstandsbericht zur Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten - umgesetzte Maßnahmen 3216/2023**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

1.2 **Mündliche Mitteilungen**

Der Vorsitzende Tayfun Keltek informiert die Mitglieder, dass sich **IRM Sigita Gelbach** als Nachfolgerin von Ahmet Edis für die Steuerungsgruppe des Netzwerks Bürgerschaftliches Engagement gemeldet habe. Für die nächste Sitzung werde eine Beschlussvorlage für die Nachbesetzung vorbereitet.

Der Vorsitzende Tayfun Keltek beendet die Sitzung um 17:00 Uhr.

Gez.
Bettina Baum
(Amt für Integration und Vielfalt)

Gez.
Leyla Bachtiosin
(Schriftführung)